

DEBATTE

Zurücktreten, bitte!

Warum die sogenannte Männerpolitik vor allem Frauen nutzt
 Von Ralf Neukirch

Frauenpolitik ist Politik für Frauen. Aber was ist Männerpolitik? Im Familienministerium beschäftigt sich seit der Bundestagswahl ein eigenes Referat mit dem Thema. Vor einigen Wochen gab es in Berlin einen großen internationalen Kongress zur Männerpolitik. Sollte es neben Frauenquote und Lohndiskriminierung noch ein anderes Thema der Geschlechterdebatte geben? Kann es sein, dass der Staat nun verstärkt auch Männern staatliche Förderung angedeihen lässt?

Das wäre logisch. In den vergangenen Jahrzehnten war die Politik nicht faul, wenn es um die Förderung der Frauen ging. Im Jahr 1986 wurde in Bonn das Familienministerium zum Frauenministerium erweitert, es gibt in fast allen deutschen Behörden Gleichstellungsbeauftragte, und selbst die CDU liebäugelt inzwischen mit einer Quote für Frauen in Führungspositionen.

Sicher, noch immer sind die Frauen nicht in großer Zahl ganz oben angekommen, nur sieben Prozent der Dax-30-Vorstände sind weiblich. Auf der anderen Seite werden die Jungs immer weiter abgehängt: Sie stellen 56 Prozent der Hauptschüler, aber nur 47 Prozent der Gymnasiasten.

Es gäbe also gute Gründe, sich mehr Gedanken darüber zu machen, wie man auch die Männer fördern kann. Aber darum geht es kurioserweise nicht, wenn von Männerpolitik die Rede ist. Es könne nicht sein, dass wegen der Männerpolitik „bei gleichbleibendem Etat künftig weniger Geld für Frauen und Mädchen zur Verfügung steht“, warnte Monika Lazar, die frauenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion. Sie trieb die Angst um, dass Frauen ins Hintertreffen geraten. Für diese Sorge besteht kein Anlass.

Das zeigt schon ein Blick auf die Projekte der staatlichen Männerpolitik: das Netzwerk „Neue Wege für Jungs“, die Initiative „Mehr Männer in Kitas“ und den sogenannten Boys' Day. Dieser ist das Pendant zum Girls' Day, der Mädchen mit Berufen vertraut machen soll, die bisher männliche Domänen waren: Maschinenbau, Physik oder Software-Entwicklung. Es sind durchgehend Fächer, die den Aufstieg in einen ordentlich bezahlten Beruf ebnen.

Beim Boys' Day aber führt der Weg in die gegenteilige Richtung. Die Jungs sollen sich die Arbeit in Kitas angucken, in Altenheimen oder auf Pflegestationen. Das sind anstren-



ANDREAS RENTZ / GETTY IMAGES

Macht in den Händen von
Männern ist böse.
Macht in den Händen von
Frauen ist gut.

Männern/Jungs“, heißt es in einer Studie zum Projekt „Neue Wege für Jungs“.

Mit anderen Worten: Die Männer sollen begreifen, dass ihr ganzes Streben nach Geld und Einfluss nicht glücklich macht. Warum aber wollen dann die Frauen in Vorstandsetagen und politische Chefposten vordringen? Es ist paradox, die Hälfte des Kuchens für sich zu beanspruchen und gleichzeitig den Männern zu erklären, er schmecke gar nicht.

Wenn man es richtig betrachtet, dann löst sich der Widerspruch allerdings auf. Es ist nämlich nicht egal, welches Geschlecht Macht hat. Macht in der Hand von Männern ist böse, Macht in der Hand von Frauen ist gut. Frauen „sind weniger hierarchiebesessen und streben mehr nach einer sinnvollen Aufgabe als nach Macht, mal als Chefin, mal im Team. Sie kämpfen gerne, aber bitte gegen die Konkurrenz und nicht untereinander“, hieß es kürzlich in einem Leitartikel der „Zeit“. Heidi Degethoff de Campos, die ehemalige Zentrale Frauenbeauftragte der TU Berlin, beruft sich auf McKinsey-Studien: „Die Frauen werden die Welt

retten, d.h., sie werden verstärkt in Wirtschaft und Politik eingreifen.“

Nun könnte man einwenden, dass sich die real existierenden Frauen in Führungspositionen bislang prognosewidrig verhalten. Von Margret Thatcher bis zu Angela Merkel, von Liz Mohn bis zu Alice Schwarzer agieren mächtige Frauen in Politik, Wirtschaft und Medien nicht menschlicher oder unmenschlicher, als man das von ihren männlichen Kollegen kennt. Aber das hieße, sich von der schönen Theorie abbringen zu lassen. Und die lautet, dass die Welt zu einem besseren Ort wird, wenn erst einmal die Frauen die Macht in den Händen halten. Niemand hat diesen Gedanken schöner in Worte gekleidet als die SPD in ihrem Grundsatzprogramm. „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Auf dem Weg in die menschliche Gesellschaft allerdings geht es zuweilen noch recht rüde zu, das zeigt ein kurzer Blick in den deutschen Behördenalltag. So dient das Gleichstellungsgesetz für die Bundesbehörden eigentlich dazu, „Diskriminierungen wegen des Geschlechts“ zu beseitigen. Es ist eine Regelung, die gleichermaßen für Männer wie für Frauen gilt.

Kurioserweise aber dürfen nur Frauen Gleichstellungsbeauftragte werden, und nur Frauen dürfen diese wählen. Selbstverständlich wird auch das Referat Männerpolitik im Familienministerium von einer Frau geleitet. So ist sichergestellt, dass sich die Gleichstellungsbeauftragten weiter um die Diskriminierung von Frauen kümmern, auch wenn das Gesetz ausdrücklich auf beide Geschlechter zielt.

Wer sich nicht an diesen Kommentar hält, tut dies auf eigene Gefahr. Die Goslarer Gleichstellungsbeauftragte Monika Ebeling beging den Fehler, das Gleichstellungsgesetz ernst zu nehmen. Sie setzte sich nicht nur für Frauen ein, sondern beriet auch Männer in Sorgerechtsfällen oder unterstützte Selbsthilfeinitiativen wie ein „Papaführstück“. Das war eine klare Grenzverletzung. Bald darauf war Ebeling ihren Job los.

In manchen Behörden ist es mittlerweile üblich, Bewerber auf ihre frauenpolitischen Positionen hin zu überprüfen. So sollte sich in Berlin ein Architekt, der im öffentlichen Dienst arbeiten will, Gedanken über seine Haltung zur Frauenquote machen. Offenbar gelingen Schultoiletten und Turnhallen besser, wenn sie mit dem geschlechterpolitisch korrekten Bewusstsein gebaut werden.

Auch die Erinnerungspolitik wurde inzwischen in den Geschlechterkampf gezogen, für männliche Nazi-Opfer gibt es keine Sonderrolle. Deshalb sollen in einem Film, der Teil des Mahnmals für die homosexuellen NS-Opfer ist, auch zwei sich küssende Frauen zu sehen sein. Es spielt keine Rolle, dass lesbische Frauen im Gegensatz zu schwulen Männern im Dritten Reich nicht systematisch verfolgt wurden. Es war auch egal, dass Leiter der KZ-Gedenkstätten und Wissenschaftler gegen die „Verzerrung und Verfälschung der Geschichte“ protestierten. Für die richtige Sache muss man ein paar historische Unschärfen in Kauf nehmen.

Dabei gäbe es ein paar Dinge, um die sich Männerpolitik kümmern könnte. Männer erleiden mehr Arbeitsunfälle als Frauen, mehr Männer als Frauen begehen Selbstmord, ihre

Lebenserwartung ist geringer. In einem Referentenentwurf des Familienministeriums zu anonymen Geburten scheint an die Väter überhaupt nicht gedacht worden zu sein. Und warum werden vor allem Beratungsstellen für sexuell missbrauchte Mädchen öffentlich gefördert, obwohl nach Schätzungen 40 Prozent der Opfer Jungen sind?

Das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit fand heraus, dass Männern, die Hartz IV beziehen, doppelt so häufig ihre monatliche Leistung gekürzt wird wie Frauen. Warum, sei nicht klar, heißt es in der Studie. Es bestehe „großer Forschungsbedarf“. Man kann sich vorstellen, wie schnell das Wort Diskriminierung gefallen wäre, wenn es um Frauen ginge.

Wenn ein Männerproblem nicht ignoriert werden kann, dann bastelt man schnell ein anderes Bezugssystem. So ist dokumentiert, dass Jungen in der Schule schlechtere Noten bei gleicher Leistung bekommen, seltener Abitur machen und öfter die Schule abbrechen als Mädchen. Die These von den Jungen als Bildungsverlierern sei aber dennoch nicht haltbar, schreibt die oberste Frauenpolitikerin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Anne Jenter. Ein Migrationshintergrund etwa sei entscheidender für den Bildungserfolg als das Geschlecht.



UTE GRABOWSKY / PHOTOTHEK

Die Männer sollen begreifen, dass ihr ganzes Streben nach Geld und Einfluss nicht glücklich macht.

Frauen brauchen nun weniger Punkte, um einen Studienplatz zu bekommen. In Wien gibt es jetzt mehr weibliche als männliche Erstsemester im Fach Medizin.

Damit sich an dieser Art von Politik auch in Deutschland nichts ändert, hat sich die Frauenpolitik einen Ansprechpartner auf Männerseite ausgesucht, der ihre Sicht der Dinge teilt. Das „Bundesforum Männer“, das vom Familienministerium mitfinanziert wird, pflegt einen „geschlechtsdialogischen Ansatz“ in der Männerpolitik.

Das heißt zum Beispiel, dass der Vorsitzende Martin Rosowski die Tatsache, dass eine Frau das Referat Männerpolitik im Familienministerium leitet, „leidenschaftslos“ sieht. Dass mehr Mädchen Abitur machten, mehr Frauen einen Uni-Abschluss und noch dazu einen besseren als ihre Kommilitonen, „das ist noch kein Grund zum Wehklagen“, vertraute Rosowski der Wochenzeitung „Freitag“ an. Schließlich landeten am Ende trotzdem mehr Männer in Führungspositionen.

Wenn das die Männerlobby ist, dann können auch weiterhin gleich die Frauen Männerpolitik machen. Oder man lässt die Männerpolitik am besten ganz bleiben. ◆